

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden,  
Laden & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post  
bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.

Schriftleitung: Wettbergweg 10. Tel. 35261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettbergweg 10. Tel. 35261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Spaltenbreite 8,00 M., Familienanzeigen  
2,00 M., die Spaltenbreite 10,50 M. Bei mehrmaliger Aufgäbe  
Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung  
zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Dreimiederlegung 40 Pf.

Nr. 298

Dresden, Freitag den 23. Dezember 1921

32. Jahrg.

## Von London nach Cannes

Die letzte Unterbrechung zwischen Briand und Lloyd George, an der Doucet, Perichon und die französischen und die britischen Sachverständigen teilnahmen, begann um 11 Uhr und endete 12 1/2 Uhr mittags. Die beiden Vizepräsidenten verständigten sich über alle Punkte. Da sie jedoch die Abwesenheit der anderen Mitglieder keinen Beschluß fassen konnten, werden die endgültigen Entscheidungen vom nächsten Besuche Briand, an dem Briand und Lloyd George teilnehmen werden, in einem Einvernehmen getroffen werden. Briand versicherte der Presse seine lebhafteste Zustimmung über das erzielte Einvernehmen. Zwei wichtige Ergebnisse wurden in London erzielt: Das erste, das politische und materielle Natur ist, besteht in der Einberufung des Obersten Rates und der Berücksichtigung der gemeinsamen Auffassung der Fragen, die von der Verständigung behandelt werden sollen. Das zweite ist politischer Natur und hat weitreichende Folgen. Es bedeutet eine enge Verzahnung der Entente, eine wichtige Grundlage für den Erfolg der nächsten Tagung in Cannes und für die künftigen Maßnahmen von größerer Tragweite. So wie es das zweite Ergebnis von maßgebender Seite, daß die britische und die französische Regierung ein sehr befriedigendes Einverständnis über alle Punkte erzielt hätten. Die Beratungen seien vorbereitet und unformell gewesen, und alles sei bis zum Zusammentritt des Obersten Rates ganz vorläufiger Art. Neben der unauflösbaren Frage der Reparationen habe die Konferenz in der Downingstraße die wirtschaftliche Lage Europas sowie die Möglichkeit des Wiederaufbaus eingehend erörtert. Es habe vollkommenes Einverständnis darüber bestanden, daß die stabilen Räte beim Wiederaufbau die Führung übernehmen. Vertreter der britischen Industrie und Finanz werden morgen mit Lord George und seinen Kollegen über die näheren Einzelheiten der Vorschläge beraten, mit denen sich die Konferenz befaßt hat. Die wirtschaftliche Konferenz wird ähnliche Erörterungen mit Geschäfts- und Finanzleuten in Paris abhalten. Nächste Woche werden Vertreter beider Länder

### gemeinsame Beratungen in Paris

liegen, bei denen wahrscheinlich einige Minister Englands und Frankreichs zugegen sein werden. Das britische Kabinett wird vielleicht durch mehr als einen Minister vertreten sein. Das Ergebnis dieser Beratungen wird auf der bevorstehenden Konferenz von Cannes gebrückt werden. Es sei wahrscheinlich, daß die Vorschläge der beiden Regierungen, die in Cannes unterbreitet werden, auch die Einberufung einer allgemeinen

### europäischen Wirtschaftskonferenz

unter Teilnahme der Neutralen vorzuziehen werden, um den europäischen Nationen zu ermöglichen, beim Wiederaufbau ihres Wirtschaftlichen und allgemeinen bei der Wiederherstellung der Weltfriede ihrer Völker mitzuwirken. Die Abwesenheit der neutralen Nationen auf dieser Konferenz vertreten sein sollen. Was die Reparationsfrage betrifft, so hätten keinerlei ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bestanden.

Die amiliden und halbamiliden Auffassungen geben natürlich nicht zu, daß in Wirklichkeit der ganze Aufwand der Konferenz ziemlich nutzlos verlaufen war. Das einzige greifbare Ergebnis der Londoner Konferenz ist der nunmehr endgültig beschlossene Zusammentritt des Obersten Rates. Bainville faßt in dem Satz zusammen: Kein Erfolg, kein Scheitern sondern ein Auf-die-lange-Bank-Schieden der Entscheidung.

Wie die Berliner Nat.-Stg. mitteilt, hat es den Anschein, daß die

### Haltung Italiens

einen Hauptgrund für die Unterbrechung der Londoner Konferenz bildet. Die italienische Regierung stehe, wie das Blatt von zuverlässiger Seite erfahren haben will, auf dem Standpunkt, daß eine Entscheidung über den gesamten Komplex der Reparationsfragen nicht ohne Mitwirkung Italiens getroffen werden könne, da die italienische Regierung an einem solchen Beschluß in hohem Maße interessiert sei. Diesen Standpunkt der italienischen Regierung hat der italienische Botschafter Tomarino gestern Lloyd George mitgeteilt.

Und auch die Daily Mail schreibt: Da es den beiden Premierministern nicht möglich gewesen sei, in einem Übereinkommen zu gelangen, sei die Londoner Konferenz abgebrochen worden. Man halte es für Zeitvergeudung, angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten die Erörterung in Abwesenheit Italiens und Belgiens fortzusetzen. Augenscheinlich bestehe keine Wahrscheinlichkeit für eine internationale Konferenz unter Einfluß Deutschlands und Rußlands. Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Engländern und Franzosen so groß, daß gar kein Bericht für den Obersten Rat verfaßt wurde.

Wer von der Londoner Konferenz erwartet hatte, daß sie, so oder so, die

### Frage der Reparationen

wenigstens für die nächste Zeit regeln würde, ist enttäuscht worden. Ueber das deutsche Schuldungsgeheim haben zwar die englischen und französischen Sachverständigen einen Beschluß gefaßt, den wir in einem Teil der Auflage bereits geteilt haben — aber er hat keine bindende Kraft, sondern er wiederzugeben — aber er hat keine bindende Kraft, sondern er soll erst dem Obersten Rate in Cannes vorgelegt werden. Zimmerlin bedeutet die Londoner Konferenz für das

Ziel, dem Deutschland zustreben muß, einen gewissen Gewinn. Dieses Ziel kann kein anderes sein, als die Revision seiner Zahlungsverpflichtungen überhaupt, als die Erlegung des Londoner Ultimatums durch eine vernünftiger und gerechtere Regelung. Der Anfang dazu kann nur gemacht werden auf einer internationalen Konferenz, die die wirtschaftlichen Verhältnisse und finanziellen Bedürfnisse richtig zu prüfen unternimmt und nicht jeden deutschen Einwand gleich mit dem Spannen des Revolvers beantwortet. Je eher diese sachliche Auseinandersetzung stattfindet, um so besser für Deutschland und wahrscheinlich für das Wirtschaftsleben der ganzen Welt.

Von einem Gedanken allerdings wird sich Deutschland gänzlich freimachen müssen: von der Vorstellung gewisser halber Nationalisten, als könne Deutschland die Reparationszahlungen völlig oder doch zum größten Teil von sich abwägen. Dagegen wird keine Rede sein. Soll die Welt wieder in Ordnung kommen, wird sicherlich gerade das bedingte Deutschland mit der äußersten Anspannung aller Kräfte dazu beitragen müssen. Bisher haben die deutschen Kapitalisten sich das Leben ziemlich leicht gemacht, und das Kabinett Wirth ist in seiner Finanzpolitik viel zu schwächlich gewesen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Steuerkraft der deutschen Industrie noch keineswegs erschöpft ist und daß die Besitzer der Sachwerte bis heute von den wirklich großen Leistungen für den Staat haben drücken können. Soll eine gute Aussicht geschaffen werden, Deutschlands Leistungen an seine früheren Feinde auf das Maß des Erfüllbaren herabzusetzen, dann muß die deutsche Steuererhebung möglichst rasch bei den wirklich Steuerkräftigen das herausheben, was da noch viel hoch besteht und verheben liegt.

### Das Reichskabinett wartet

Berlin, 23. Dezember. Das Reichskabinett dürfte in den nächsten Tagen an den Ergebnissen der Londoner Besprechungen keine Erlösung nehmen. Bekanntlich handelt es sich um halbamtliche Eigenheit. Es ist selbstverständlich, daß man vorerst keine Rücksicht abwartet. Bonn hat schon in Berlin wieder eintritt, hebt sich nicht. Man rechnet zwar damit, daß es vor Weihnachten sein wird, doch kann das Kabinett während der Feiertage keine wichtigen Entscheidungen treffen, da viele Minister Besuche veranlassen. Reichskanzler Dr. Wirth wird in der Reichshauptstadt bleiben. Auch der Zeitpunkt für die Abänderung der Anwesenheitsliste an die Reparationskommission ist noch nicht festgesetzt.

### Keine Einigung in London

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 23. Dezember. Die englischen und französischen Sachverständigen sind bei ihrer gestrigen Zusammenkunft in London zu keiner endgültigen Einigung gekommen, geschweige denn zu Entschlüssen gekommen, und liefen die Angaben über die Forderung von 500 Millionen Goldmark in zwei Raten, am 15. Januar und 15. Februar, und der Aufsicht der Zahlung aus der Ausfuhrsteuer, erweisen sich als nicht nur sehr verfrüht, sondern gleichfalls als noch gar nicht feststehend. Es ist zu erwarten, daß bevorstehende Beschlüsse erst nach den Beratungen von den Finanzsachverständigen Englands und Frankreichs gefaßt werden, daß jedoch vor der Tagung von Cannes nichts Endgültiges entschieden werden wird.

### Der französische Kammerauschuß und Briand

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 23. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Kammerauschusses für äußere Angelegenheiten in Paris wurde deren Vorsitzender, Briand, aufzufassen und ihm um genaue Angaben über die letzten Unterhaltungen mit Lloyd George in London zu ersuchen.

### Belgien und die Konferenz in Cannes

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 23. Dezember. Wie der Katin aus Brüssel meldet, wurde Belgien bisher noch nicht offiziell eingeladen, sich auf der Konferenz in Cannes zu beteiligen, und es ist daher, daß die Minister Deunis und Jaspers diesen Sitzungen beiwohnen werden.

### Schwarzweißrote Demokratie

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 23. Dezember. In der letzten Reichstagsitzung vor den Weihnachtsferien kam, wie erinnerlich, auch der Plagenantrag der Deutsch-Ronardischen und der Deutschen Volkspartei zur Abstimmung, wonach die Einführung der neuen Handelssteuern bis auf weiteres hinausgeschoben werden sollte. Es muß daran erinnert werden, daß die Handelssteuern nach wie vor Schwarzweißrotener Neben-Einkommen der Fiktion einer Demokratie von 1848; die Geld war bekanntlich die Farbe der alten Demokratie von 1848; die neuen Demokratien aber, die sich nur sehr langsam für die Republik erklären, haben auch der alten demokratischen Fiktion gegenüber, wie der alten demokratischen Fiktion, den neuen Republikanismus ausgesprochen hat, haben es nicht weniger als 10 neuen Reichstagen ausgesprochen, für den von erstarrten, liberalen, transischen Abgeordneten ferngebrachten, für den allgemeinen Interessen-Versäulungsantrag zu stimmen. Es liegt im allgemeinen Interesse, wenn wir die Namen der Schwarzweißroten Demokratien festhalten. Es sind dies: Dr. Pöschel, Roggeburg, Probst; Dietrich, Baben; Eisenberger; Gothein; Anke; Rod, Meier; Dr. Kälz; Sankowicz und Weik; die demokratische Frau Dr. Dr. Dr. Dr. hat sich der Stimme enthalten.

## Der Bankrott des Bolschewismus

Von M. Smilg-Benario

Der bekannte Theoretiker des russischen Bolschewismus, Nikolai Bucharin, versuchte in einigen Schriften und Artikeln die Notwendigkeit des neuen Wirtschaftskurses der Sowjetregierung zu begründen. In einem Artikel „Die Neuorientierung in der ökonomischen Politik“, der in der russischen Korrespondenz Nr. 79 veröffentlicht wurde, heißt es u. a.: Unsere frühere Wirtschaftspolitik stand zur Entwicklung der Landwirtschaft im objektiven Widerspruch. Die Krise der Landwirtschaft mußte sich verschärfen und sie verschärfte sich auch in der Tat. Da die Landwirtschaft die Basis unserer Industrie ist, so mußte diese Erschütterung auf die Verschärfung der Krise der gesamten Volkswirtschaft hinauslaufen. Der kleinbürgerliche Druck auf das organisierte Proletariat, der Druck, der obendrein sehr reale Widersprüche der Kriegskommunistischen Politik hinter sich hatte, brachte die proletarische Diktatur zu vernichten. Die proletarische Partei mußte unter dieser veränderten Konjunktur sich auf eine neue Aufgabe, die der Hebung der Produktivkräfte, stellen. Es kam eine neue Periode, es wurde die „Neuorientierung“ notwendig.

Bucharins Worte zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die objektive geschichtliche Entwicklung die Bolschewisten gezwungen hat, ihren wahnwichtigen Versuch, in einem ökonomischen rückständigen Lande eine kommunistische Gesellschaft zu errichten, aufzugeben. Nachdem nun das Leben gezeigt hat, daß ökonomische Probleme sich nicht mit Gewalt lösen lassen, haben die Bolschewisten seit dem Frühjahr 1921 einen Rückzug angetreten. Die Praxis der letzten Monate hat nun gezeigt, daß die Sowjetregierung auf allen Gebieten der Volkswirtschaft sich eifrig bemüht, namentlich auf kapitalistischer Grundlage aufzubauen. Die Bolschewisten sprechen zwar nicht vom Kapitalismus. Die führenden Männer des Bolschewismus behaupten, daß die Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik die sogenannte „wirtschaftliche Berechnung“ bildet. Um das Kind beim richtigen Namen zu nennen, kann man ruhig sagen, daß die sogenannte „wirtschaftliche Berechnung“ nichts anderes als den Kapitalismus darstellt, wenn auch seiner Entfaltung einwilligen gewisse Grenzen gezogen sind. Schon der Vergleich der neuen Politik mit dem, was war oder was sein sollte, zeigt, daß diese Politik auf ganz andern Fundamenten steht.

Wollen wir als Beispiel nur die neue Finanzpolitik herausschöpfen. Die frühere Finanzpolitik des Bolschewismus bestand darin, daß an Stelle des Geldes als Tauschwert die Produkte selber gelten sollten. Das war das Ziel. Da aber dieses Ziel trotz der rigorosesten Maßnahmen sich nicht ohne weiteres erreichen ließ, so wurde absichtlich auf die Entwertung des Geldes ausgegangen. Und deshalb wurde diese etwas wertvolle „Finanzpolitik“ in dem unaufrichtigen Druck des Papiergeldes. Nachdem diese Politik, die ja gar keine war, ihren völligen Bankrott gezeigt hat, wird die neue Finanzpolitik auf der Basis der „wirtschaftlichen Berechnung“ aufgebaut. Dabei scheint der „kommunistische Staat“ sich auf diese Art der Berechnung besonders gut zu verstehen. So wurde vor kurzem aus Moskau gemeldet, daß die neugegründete Staatsbank, die vor allem den Jood verfolgt, der Industrie Kredit zu gewähren, einen Zinsfuß von 8 bis 9 Prozent monatlich berechnet. Wäre die Außerordentliche Kommission zum Kampfe mit der Gegenrevolution und Spekulation eine von der kommunistischen Partei unabhängige Organisation, so müßte sie vor allem die verantwortlichen Stellen des „kommunistischen Staates“ wegen dieser Verwässerung des eigenen Volkes zur Weichenhaft ziehen. Früher wurde das Papiergeld gerufenlos in grenzenlosen Mengen gedruckt. Heute gilt es aber entsprechend der „wirtschaftlichen Berechnung“ wie in allen kapitalistischen Ländern, für die Hebung des Geldwertes zu sorgen. Um möglichst viel Papiergeld wieder einzuziehen zu können, hat nun die Sowjetregierung in letzter Zeit für wahre Hüt von Steuern eingeführt. Es werden jetzt für alle möglichen und unmöglichen Dinge Steuern erhoben, und jeder Tag bringt neue Steuererlässe. Und zwar werden nicht nur direkte Steuern, sondern auch indirekte erhoben. Wie weit die Nachahmung der Finanzpolitik der kapitalistischen Länder geht, ist aus der Tatsache zu ersehen, daß die indirekten Steuern bei weitem eine größere Bedeutung bei der Steuererhebung spielen als die direkten Steuern. Die Kampfer die Sozialisten gegen die indirekten Steuern, die überabitalen Bolschewisten scheinen sich indessen in ihrer Steuerpolitik der reaktionärsten Finanzpolitik der kapitalistischen Staaten zu nähern. So soll der Staat nach dem für das Jahr 1922 ausgearbeiteten Steuerplan an direkten Steuern circa 8000 Milliarden Rubel erhalten.

Doch nicht nur auf dem Gebiet der Finanzpolitik bildet die „wirtschaftliche Berechnung“ die Grundlage, sondern auch auf dem Gebiet der Produktion. Alle Kleinbetriebe auf dem Gebiet der Produktion, alle Kleinbetriebe die nurben schon im Sommer denotationalisiert. Aber auch die nationalisierten Betriebe werden in Nacht gegeben. Die Pächter sind meistens Privatpersonen, denen unter gewissen Bedingungen die Betriebe in Nacht gegeben werden. Der Staat bleibt zwar der Besitzer dieser Betriebe. Doch die Art, wie die Produktion von nun an geführt wird, unterscheidet sich wesentlich von dem, was vorher war. Jetzt werden diese verpackten Betriebe von privatkapitalistischen Geschäftspunkten aus getrieben. Allein die Verpflichtung der Pächter, die Lebensmittel für die Arbeiter und die Rohstoffe